

Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa – Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung

Die etablierte Parteienforschung tut sich noch immer schwer damit, den Bedeutungsgewinn rechtspopulistischer Parteien zu erklären. Ihre Analyseinstrumentarien sind zu meist auf die Funktionsweise des politischen Systems im engeren Sinne begrenzt. Gesellschaftsstrukturelle Umbrüche werden hingegen nur unzureichend in die Betrachtung mit einbezogen. Dieser Beitrag begibt sich auf die Suche nach den politökonomischen und soziokulturellen Ursachen und Triebkräften des Rechtspopulismus. Dabei wird diskutiert, welche Erkenntnisse sich mit Hilfe der von Karl Polanyi entwickelten Konzeption der „Doppelbewegung“ generieren lassen.¹

HANS-JÜRGEN BIELING

1. Einleitung

Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien haben seit einiger Zeit enormen Zulauf erfahren. Ihr Aufstieg vollzog sich in mehreren Wellen (Priester 2012). Eine erste Welle setzte bereits Anfang der 1970er Jahre ein. Getragen von sog. „Fortschrittsparteien“ – in Dänemark und Norwegen –, der Schweizerischen Volkspartei (SVP), dem Front National in Frankreich (FN) sowie dem Vlaams Belang in Belgien richtete sich die vorgebrachte Kritik vor allem gegen die bestehenden Formen eines relativ umfassenden, zentralstaatlich organisierten Wohlfahrtsstaats. Die zweite Welle in den 1990er Jahren nahm diese Kritik auf – so etwa die Lega Nord in Italien –, wandte sich darüber hinaus zugleich aber auch vermehrt gegen die mit dem EU-Vertrag von Maastricht umgesetzte Vertiefung der europäischen Integration und Konzeptionen einer multikulturellen Gesellschaft. Bei den meisten Parteien – der UKIP in Großbritannien, den Schwedendemokraten, den (Wahren) Finnen, nicht zuletzt der neu orientierten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – rückten ethnonationalistische bis offen rassistische Interpretationsfolien vermehrt in den Vordergrund. Dies gilt auch für die dritte Welle, d. h. für die Anfang der 2000er Jahre gegründete Lijst Pim Fortuyn (LPF) und seit 2006 für die von Geert Wilders geführte Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden, die polnische Partei für Recht und Gerechtigkeit (PIS) sowie für einige weitere

Parteieneugründungen wie das MoVimento 5 Stelle (M5S) in Italien oder die Alternative für Deutschland (AfD).

Die dritte Welle zeichnet sich zudem dadurch aus, dass sich rechtspopulistische Kräfte programmatisch vermehrt sozialen Problemen und Verunsicherungen zugewandt, d. h. die soziale Frage neu entdeckt haben (Dörre 2016; Becker 2017). Ihr wachsender Einfluss (Müller 2016; Klein 2016) manifestiert sich allgemein darin, dass sie die politischen Diskurse – über die Eurokrise, die Krise des europäischen Migrationsregimes oder die Probleme der multikulturellen Gesellschaft – mitbestimmen und auf die etablierten Entscheidungsträger Druck ausüben, also indirekt auf die politische Agenda einwirken. Darüber hinaus sind sie infolge parlamentarischer Wahlerfolge und mitunter erdrutschartig verschobener Mehrheitsverhältnisse als tolerierende, mitgestaltende oder sogar maßgeblich führende Kraft – so etwa in der Schweiz (SVP), Polen (PIS) oder Ungarn (Fidesz) – an der Regierungsbildung beteiligt. Selbst in Ländern, in denen das Mehrheitswahlrecht den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien erschwert – so etwa in Frankreich (Front National) oder Großbritannien (UKIP) –, beeinflussen sie im Kontext von Präsidentschaftswahlen oder Volksabstimmungen recht unmittelbar wichtige politische Weichenstellungen. ▶

1 Ich danke zwei anonymen Gutachtern der WSI-Mitteilungen und Gudrun Linne für hilfreiche Hinweise zur Überarbeitung einer ersten Version des Manuskriptes.

Im Zentrum dieses Artikels stehen allerdings nicht die weitreichenden europa- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen der angedeuteten Weichenstellungen – etwa des Brexit oder des Managements der Eurokrise und der Krise des Migrationsregimes –, sondern die gesellschaftlichen – politökonomischen und soziokulturellen – Ursachen und Triebkräfte des heutigen Rechtspopulismus. Es geht darum einzuschätzen, wie tief greifend der Wandel ist und welche Prozesse ihm potenziell entgegenwirken. Insbesondere soll reflektiert werden, inwiefern die von Karl Polanyi (1977 [1944]) mit Blick auf die Katastrophe der 1930er und 1940er Jahre entwickelte Konzeption der „Doppelbewegung“ von Wirtschaftsliberalismus und sozialer Protektion instruktiv ist, um den Aufstieg des Rechtspopulismus zu begreifen. Nachfolgend wird argumentiert, dass durchaus eine „Doppelbewegung“ erkennbar ist. So erzeugen die globalisierungs- und finanzialisierungsinduzierten Prozesse einer marktliberalen Entbettung² vielfältige Formen der sozialen Ausgrenzung und soziokulturelle Identitätskrisen, die ihrerseits Prozesse der gesellschaftlichen Gegenwehr und sozialen Protektion stimulieren. Da sich die rechtspopulistischen Reaktionen aber keineswegs überall und gleichförmig entfalten und sich von den Entwicklungen in den 1930er Jahren zum Teil beträchtlich unterscheiden, gilt es in Ergänzung zur Perspektive der „Doppelbewegung“ weitere Erklärungskomponenten hinzuzuziehen: erstens eine strukturelle Komponente, die die historisch spezifische politökonomische Konstellation genauer in den Blick nimmt; und zweitens eine politisch-strategische Komponente, die sich explizit dem Feld der diskursiven und politischen Auseinandersetzungen zuwendet.

2. Polanyis Konzeptualisierung der „Doppelbewegung“

Historische Vergleiche sind häufig sehr gewagt und produzieren vielfach fragwürdige Ergebnisse. Wenn hier auf die von Karl Polanyi in der Studie „The Great Transformation“ (Polanyi 1977 [1944]) angestellten Überlegungen zurückgegriffen wird, soll dies nicht geschehen, um eine komparative Analogie zu entwickeln. Zu groß sind die Differenzen zum Faschismus in der Zwischenkriegszeit (Berman 2016), und zu gravierend sind die qualitativen Veränderungen, die sich seitdem in den Strukturen und der Operationsweise des Kapitalismus, dessen sozioökonomischer, soziokultureller und politisch-institutioneller Verfasstheit vollzogen haben. Wenn man unter Berücksichtigung der qualitativen Unterschiede auf Polanyi zurückgreift, richtet sich der Blick mithin weniger auf die konkreten Erscheinungen und Verlaufsformen der „Doppelbewegung“ als vielmehr auf einige strukturelle Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen, die auch unter stark veränderten Bedingungen eine gewisse Erklärungs- und Interpretationskraft beanspruchen können.

2.1 Die widerstreitenden Organisationsprinzipien

Die von Polanyi durchgeführte Rekonstruktion der europäischen Krisengeschichte stützt sich im Kern auf eine „Pendeltheorie“ (Silver 2003, S. 16ff.). Das heißt, die gesellschaftliche Entwicklung wird von ihm als Konflikt zweier widerstreitender Organisationsprinzipien diskutiert:

„Das eine war das Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, das auf die Schaffung eines selbstregulierenden Marktes abzielte, auf die Unterstützung durch die gewerbetreibenden Schichten zählte, und als Methode weitgehend Laissez-faire und den Freihandel benützte; das andere war das Prinzip des Schutzes der Gesellschaft, das auf die Erhaltung des Menschen und der Natur sowie der Produktivkräfte abzielte, auf die wechselnde Unterstützung jener zählte, die von der verderblichen Wirkung des Marktes als erste betroffen wurden – vor allem, aber nicht nur, der arbeitenden und der bodenbesitzenden Klassen –, und Schutzgesetze, Schutzvereinigungen und andere Interventionsmittel als Methoden benützte.“ (Polanyi 1977 [1944], S. 172)

Die Entfaltung dieser beiden Organisationsprinzipien vollzieht sich für Polanyi im Kapitalismus keineswegs gleichgewichtig. Obgleich die wirtschaftsliberale Konzeption des sich selbst regulierenden Marktes eine Fiktion oder einen Mythos darstellt – Märkte sind immer sozial, kulturell, rechtlich und institutionell eingebettet –, ist sie politisch sehr wirkungsmächtig. Unter kapitalistischen Bedingungen befindet sie sich gleichsam in der Vorhand und setzt die gesellschaftlichen Organisationsmuster unter einen beträchtlichen Anpassungs- und Reorganisationsdruck. Die politisch generierte Entbettung der Ökonomie, also die Herauslösung des Marktsystems aus der Gesellschaft, korrespondiert mit Tendenzen der Kommodifizierung, die insbesondere bei den fiktiven Waren, die nicht primär für den Verkauf geschaffen worden sind – für Polanyi (1977 [1944], S. 208ff.) sind dies die Arbeitskraft, der Boden und das Geld –, soziale und kulturelle Krisen hervorruft (Saval 2016). Im Zuge der umfassenden Transformation der Arbeit und des Alltags werden die tradierten Lebensformen, sozialen Bindungen und Wertvorstellungen unterschiedlicher sozialer Klassen vielfach infrage gestellt. In Ergänzung zu den Problemen der Verarmung und sozialen Ungleichheit verweist Polanyi insbesondere auf die soziokulturellen Verwerfungen, nicht zuletzt auf Erfahrungen der Ungerechtigkeit und Missachtung, die seitens der Betroffenen und ihrer Organisationen auch politisch artikuliert werden.

Solange diese Bedürfnisse durch korrigierende staatliche Interventionen – etwa im Bereich der Finanzbeziehungen – und arbeits- und sozialpolitische Konzessionen, also die Verankerung und Implementierung gewisser sozialer

2 Als „Entbettung“ bezeichnet Karl Polanyi den Prozess der Herauslösung und Vonselbstständigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft aus ihrer tradierten gesellschaftlichen „Einbettung“ in soziale Bindungen, Normen und Institutionen.

Schutzrechte und Maßnahmen der Dekommodifizierung berücksichtigt werden, vollzieht sich die Doppelbewegung zwar asymmetrisch, entwickelt aber keine gesellschaftliche Sprengkraft. Dies geschieht eigentlich erst dann, wenn die Spannungen des Marktsystems zunehmen und sich vor dem Hintergrund konträrer machtpolitischer (Klassen-)Strategien zuspitzen:

„Als [...] es zwischen den Klassen zu Spannungen kam, wurde die Gesellschaft selbst durch die Tatsache gefährdet, daß die widerstreitenden Gruppen jeweils Regierung und Geschäftswelt beziehungsweise Staat und Industrie zu ihren Bastionen machten. Zwei entscheidende Funktionen der Gesellschaft, nämlich die politische und die wirtschaftliche, wurden als Waffen im Kampf um Teilinteressen benützt und mißbraucht. Aus einer solchen gefährlichen Sackgasse entstand im 20. Jahrhundert die faschistische Krise.“ (Polanyi 1977 [1944], S. 172).

Diese Ergänzung ist in zweifacher Hinsicht wichtig und aufschlussreich: Zum einen macht Polanyi deutlich, dass sich die Doppelbewegung nicht als eine abstrakte Logik entfaltet. Im Gegenteil, ihre konkrete Verlaufsform wird durch die jeweilige historische Konstellation und die ihr eingeschriebenen Machtverhältnisse und (klassen-)politischen Konflikte geprägt. Zum anderen lassen sich diese Konflikte und damit auch die Verlaufsformen der Doppelbewegung nicht unmittelbar aus den sozialen Problemen ableiten, sondern unterliegen komplexen Prozessen der kulturellen Interpretation und diskursiven Vermittlung (Polanyi 1977 [1944], S. 201).

2.2 Materielle und kulturelle Konfliktdimensionen

Um die politische Dynamik oder Sprengkraft der arbeits- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen zu erfassen, ist es Polanyi zufolge notwendig, sich der später von Edward P. Thompson (1980) als „moralische Ökonomie“ bezeichneten Sphäre zuzuwenden. Diese Sphäre bildet eine wichtige Komponente der gesellschaftlichen Einbettung, allerdings in Form einer konstitutiv wirksamen, permanenten, durch soziale Konflikte geprägten Gestaltung der Ökonomie durch „dynamic combinations of norms, meanings and practices“ (Palomera/Vetta 2016, S. 414). Die moralische Ökonomie umfasst die – unter kapitalistischen Verhältnissen – modernisierten Normen und Verpflichtungen, mithin nicht nur die sozioökonomischen Beziehungen, sondern auch die soziokulturellen Prozesse der Sinnstiftung und Bedeutungsproduktion. Sie repräsentiert dabei keine normative, sondern eine analytische Konzeption. Die inhaltlichen Prioritäten der moralischen Ökonomie unterliegen den Einflüssen konkurrierender Kräfte und sozialer Milieus, können also auch von der populistischen Rechten spezifisch definiert und emotional aufgeladen werden.

Die von Polanyi entwickelte Perspektive erlaubt es, klassenspezifische Interessenlagen und Konflikte in die Analyse mit einzubeziehen, ohne die Herausbildung (neuer) po-

litischer Orientierungen zu eng an Klassenverhältnisse als Ausdruck sozialer Ungleichheitslagen zu koppeln; zumal neben den Klassenverhältnissen auch weitere relationale Ungleichheiten – zwischen den Geschlechtern, Ethnien, geografischen Gebieten oder Altersgruppen – die materiellen Verteilungsverhältnisse und -konflikte beeinflussen (Bieling 2012). Doch selbst wenn die Verteilungskonflikte sozialstrukturell komplexer konzeptualisiert werden, bleibt noch unklar, wie materielle Ungleichheiten in sozialen Gefügen – innerhalb und zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen – erlebt, wahrgenommen und interpretiert werden. Oder positiv formuliert: Polanyi thematisiert bereits sehr früh und vorausschauend die sozialtheoretisch diskutierte Frage nach dem Verhältnis von sozialen Verteilungs- und kulturellen Gerechtigkeits- oder Anerkennungskonflikten, einschließlich der Letzteren zugrunde liegenden Erfahrungen sozialer Missachtung (Honneth 1992; Fraser 1995). Seine Ausführungen weisen dabei über die wissenschaftlich nur bedingt ertragreiche analytische Separierung von sozioökonomischen und soziokulturellen Prozessen hinaus, indem er den Fokus auf die Frage richtet, wie sich die sozialen Ungleichheiten – vermittelt über konkrete Alltagserfahrungen – in den Arenen der kulturellen Bedeutungsproduktion und auch der Politik artikulieren.

Unter den Bedingungen ernster Krisen oder heraufziehender Ausnahmesituationen stellt sich das Verhältnis von sozialen Problemen und politischem Handeln oft stark gebrochen dar. Entgegen ihrer mutmaßlichen sozioökonomischen Interessen neigen verunsicherte soziale Gruppen in Extremkonstellationen – geleitet vom Bedürfnis der sozialen Protektion – nicht selten dazu, sich nationalistischen politischen Programmen und Allianzen anzuschließen, die allerdings die Grundlagen einer inklusiven gesellschaftlichen Solidarität untergraben (Zick et al. 2011). Sofern hierbei neue solidarische Strukturen begründet werden, sind diese meist sehr eng und exklusiv definiert und wenden sich oft sogar – unterfüttert durch rassistische Ideologien oder Konzepte der nationalen Überlegenheit – aggressiv nach außen. Polanyi (1979, S. 98f.) führt die Attraktivität des nationalistischen, bisweilen faschistischen Kursschwenks unter anderem darauf zurück, dass sich dieser auf anti-individualistische – sowohl gegen den bürgerlichen als auch gegen den sozialistischen Individualismus gerichtete – Diskurse stützen kann, ohne die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse grundlegend umwälzen zu müssen.

So inspirierend und verdienstvoll die von Polanyi entwickelten Überlegungen einschließlich der historisch-empirischen Illustrationen auch sein mögen, so wenig sind aber auch einige analytische Grenzen zu übersehen. Für den hier betrachteten Zusammenhang ist vor allem relevant, dass die von Polanyi entwickelte Doppelbewegung als eine Art Pendel zwischen dem Prinzip des sich selbst regulierenden Marktes und dem Prinzip des Schutzes der Gesellschaft angelegt ist, aber nur einen unzureichenden Blick auf die qualitativen Veränderungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse eröffnet (Silver 2003, S. 16ff.). Sofern ►

Polanyi die zentralen Merkmale der spezifischen historischen Konstellation erläutert – für das 19. Jahrhundert das System des Kräftegleichgewichts, den internationalen Goldstandard, den selbstregulierenden Markt und den liberalen Staat –, bezieht er diese Merkmale nicht systematisch auf die kapitalistische Akkumulationsdynamik. Deren Reichweite und Tiefe – etwa in Gestalt der inneren oder äußeren Landnahme – hat sich mit Blick auf kapitalistisch geprägte Produktionsstrukturen, Arbeitsbeziehungen oder auch Lebensweisen mehrfach verändert. Doch nicht nur die gesellschaftsstrukturellen Entwicklungsdynamiken, auch deren politisch-strategische Bearbeitung – mithin die besonderen Merkmale des politischen Feldes – kommen bei Polanyi in mancher Hinsicht zu kurz. So wendet er sich vielfach den Alltagserfahrungen und den durch diese angeleiteten soziokulturellen Prozessen der Bedeutungsproduktion zu, geht jedoch seltener auf die politisch-strategischen Kämpfe, also die öffentlichen Debatten und Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden politischen Organisationen ein.

3. Die Doppelbewegung im heutigen Europa

In der nachfolgenden Erklärung des Aufstiegs rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien sollen beide Schwächen oder Unschärfen aufgefangen und abgemildert werden; und zwar dadurch, dass die besondere politökonomische Qualität, in der sich das Prinzip des sich selbst regulierenden Marktes Geltung verschafft, und auch die programmatisch-strategische Profilierung politischer Bewegungen als Momente der rechtspopulistischer Aktivierung der gesellschaftlichen Schutzbedürfnisse in das Konzept der Doppelbewegung mit einbezogen werden.

3.1 Die neue Qualität kapitalistischer Durchdringung

Was den erstgenannten Aspekt – die besondere Qualität der Wirksamkeit des Mythos des sich selbst regulierenden Marktes – betrifft, so haben sich nicht nur die ökonomischen Verkehrsformen, sondern auch die sozialen Produktionsbeziehungen in den vergangenen Jahrzehnten umfassend und tief greifend transformiert; zumindest dann, wenn man mit Robert W. Cox (1989, S. 39) von einem umfassenden Verständnis von Produktion ausgeht, das auch die Herstellung von Wissen und sozialen Beziehungen sowie die Moralvorstellungen und institutionellen Gegebenheiten, die auf die Produktion physischer Güter einwirken, mit einschließt. So haben sich die Formen und Muster der politökonomischen und soziokulturellen Einbettung – und Entbettung – von Produktion und Reproduktion historisch wiederholt gewandelt. Dieser Wandel lässt sich nicht zuletzt auf die kapitalistische Entwicklungsdynamik zurückführen.

Diese zeichnet sich durch einen enormen Expansionsdrang aus, d.h. durch das Bestreben des Kapitals, sich fortwährend neue, profitable Investitions- und Anlagesphären zu erschließen und diese mittels neuer Technologien und Marktprozesse zu reorganisieren.

Doch nicht nur die Prioritäten und Muster der kapitalistischen Akkumulation, auch die ihr eingeschriebenen sozialen Kämpfe und Widerstandsformen haben sich historisch wiederholt verändert. Im Rückblick lassen sich im Anschluss an Kees van der Pijl (1998, S. 36ff.) – gleichsam idealtypisch – drei Konstellationen unterscheiden:

Die *erste Konstellation* – hierauf beziehen sich Polanyis Ausführungen zum 18. und 19. Jahrhundert – stand vor allem im Zeichen der „ursprünglichen“ Akkumulation. Die lebendige Arbeit wurde dem Kapital formell untergeordnet, sodass der Prozess der Proletarisierung voranschritt. Viele soziale Gruppen – vormals selbstständige Handwerker, Bauern oder auch die bislang nicht-erwerbstätige Bevölkerung (viele Frauen und auch Kinder) – wurden aus den traditionellen Sozialbeziehungen herausgerissen und einem bislang unbekanntem und ungewohnten Kontrollregime unterworfen. Nicht selten war dieser neuartigen kapitalistischen Fremdbestimmung, vor allem im Prozess ihrer Etablierung, ein beträchtliches Gewaltpotenzial eingeschrieben.

In der *zweiten Konstellation* – ab Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts – rückte die reale Subsumption der Arbeitskraft unter das Kapital, also die Fokussierung auf eine permanente Steigerung der Arbeitsproduktivität und des relativen Mehrwerts, in den Mittelpunkt der kapitalistischen Entwicklung. Es veränderten sich demzufolge fortlaufend die Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation; die sozialen Kämpfe verlagerten sich verstärkt in die Fabriken. Der sich seitens der Beschäftigten formierende Widerstand gegen die zunehmende Verdichtung der Arbeit war in der Ära des Fordismus relativ erfolgreich. Gestützt auf eine gestärkte gewerkschaftliche Verhandlungsmacht gelang es in vielen Gesellschaften, ein sozialregulatives „Kompromiss-Gleichgewicht“ zu etablieren und gewisse lohn-, arbeits- und sozialrechtliche Schutzzonen und Mindeststandards durchzusetzen.

Die *dritte Konstellation* verweist auf die globalisierungsinduzierten Tendenzen der Entbettung (Altwater/Mahnkopf 1999). Sie ist einerseits durch die Herausbildung globaler Finanzbeziehungen und Wertschöpfungsketten, andererseits aber auch dadurch gekennzeichnet, dass die kapitalistische Durchdringung mit einer Ausweitung der Dienstleistungsarbeit einhergeht und sich vermehrt auf die Reproduktionssphäre konzentriert. Auf der Suche nach produktiven Ressourcen und Anlagesphären kommt es zu einer umfassenden (Re-)Kommodifizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Aufmerksamkeit richtet sich nun vor allem darauf, die allgemeine Disziplinierung und Verfügbarkeit der Arbeitskraft mit Blick auf die berufliche Qualifikation, die Familienverhältnisse, die Wohnsituation und die Ernährungsgewohnheiten, die Gesundheit und die Freizeit zu optimieren (Voß/Pongratz 1998). In der Gestalt

einer „neuen Landnahme“ (Dörre 2009) werden – politisch gestützt durch rechtliche, administrative und institutionelle Reformen – viele Bereiche des alltäglichen Lebens dem kapitalistischen Verwertungsprozess einverleibt. Gleichzeitig entstehen in Reaktion auf diese Tendenzen – etwa die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur oder der Renten, eine weitere Arbeitsverdichtung oder die Kommerzialisierung des Alltags – neue Formen des Widerstands.

Die spezifischen Dynamiken der hier aufgeführten Konstellationen lassen sich – angesichts einer gewissen Parallelität und Überlagerung – nicht im strengen Sinne empirisch voneinander trennen. Dessen ungeachtet verweist die zuletzt skizzierte Konstellation darauf, dass durch die marktliberal forcierte Entbettung der Ökonomie das Sozialgefüge der europäischen Gesellschaften durcheinander gewirbelt wird. In diesem Wirbel gibt es auch zahlreiche Gewinner, insbesondere unter den Vermögensbesitzern. Auffälliger ist jedoch, dass sich die soziale Aufstiegsmobilität, die noch für die Nachkriegsjahrzehnte kennzeichnend gewesen ist, abgeschwächt hat, zum Halten gekommen ist oder sogar umgekehrt hat. Die Ausweitung atypischer, oftmals prekärer Beschäftigungsverhältnisse hat bis weit in die Mittelklassen hinein neuartige Abstiegs- und Statusängste stimuliert, infolge derer die moralischen Solidaritätsnormen sozialer Gruppen erschüttert werden und sich mitunter fundamental transformieren. Dieser Prozess der Transformation stellt sich aufgrund der soziokulturellen Vermittlung, d.h. der komplexen Kämpfe um Sinnstiftung und Bedeutungsproduktion, nicht eindeutig dar und erfasst die unterschiedlichen sozialen Milieus zum Teil recht unterschiedlich. Für die Mittelklassen führt Oliver Nachtwey (2016, S. 167) aus:

„Die Statusängste der Mitte führen mitunter zu ökonomistischen Deutungen, zu negativer Klassifikation und zur Abwertung schwächerer Gruppen [...] Die Mitte kündigt zum Teil die Solidarität mit den Schwächeren auf, indem sie sich abgrenzt, vergewissert sie sich ihrer selbst. Wo vorher noch eine gewisse Liberalität herrschte, weicht sie nun rigoroseren Vorstellungen über Moral-, Kultur- und Lebensführung.“

Und auch relevante Teile der Arbeiterklasse fühlen sich zunehmend zu nationalistisch-populistischen Positionen hingezogen. Wie Didier Eribon (2016, S. 130) am Beispiel Frankreichs und des Aufstiegs des Front National illustriert, reflektieren sich in dieser Neuorientierung auch materielle Unsicherheiten und Notlagen, deren Verarbeitung sich ganz unterschiedlich darstellen kann:

„[E]s kommt ganz darauf an, wie die jeweilige Alltagserfahrung strukturiert ist, ob zum Beispiel am Arbeitsplatz die praktische Solidarität überwiegt oder die Angst vor der Konkurrenz um den eigenen Job, ob man sich dem informellen Elternnetzwerk einer Schule zugehörig fühlt oder an den alltäglichen Schwierigkeiten in einem ‚Problemviertel‘ verzweifelt usw.“

Für den Erfolg des nationalistischen Populismus ist mithin entscheidend, dass die sozialen Verhältnisse vermehrt als ungerecht empfunden werden. Überhaupt sorgen die – infolge der Finanzkrise – vermehrten Zukunftsängste und

wiederholten Erfahrungen des Kontroll-, Perspektiven- oder Traditionsverlustes (Detje et al. 2017) in Verbindung mit sozialer Missachtung dafür, dass sich Wutgefühle aufstauen, die ihrerseits politische Artikulationsformen suchen. In vielen Ländern waren lange die sozialistischen und kommunistischen Parteien für diese Artikulation zuständig. Seit einiger Zeit vermögen sie ihre Rolle als Sprachrohr und identitätsstiftende Kraft jedoch nicht mehr zu erfüllen. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Vielen erscheinen die kommunistischen Parteien – zumal nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus – als dogmatisch erstarrt und handlungsunfähig. Für die sozialistischen Parteien stellt sich die Situation etwas anders dar. Sie hatten sich nach den ersten beiden Wellen des Revisionismus – der Akzeptanz der repräsentativen Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg und dem Arrangement mit dem wohlfahrtsstaatlich gezähmten Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg – in einer weiteren Revisionismuswelle in den 1990er Jahren auf der Suche nach einem „Dritten Weg“ zwischen Neoliberalismus und Big Government vielfach wirtschaftsliberalen Positionen angenähert (Sassoon 1997, S. 730ff.). Hierdurch verfestigte sich der Eindruck, dass die sozialen Bedürfnisse und Sichtweisen relevanter Teile der abhängig Beschäftigten in der Öffentlichkeit kaum mehr zur Kenntnis genommen werden (D’Eramo 2013, S. 15ff.).

3.2 Die Rolle der europäischen Integration

Durch den Prozess der europäischen Integration ist die hier beschriebene Problemkonstellation indirekt, aber durchaus systematisch gefördert worden. So ist die neue Qualität der kapitalistischen Durchdringung eng mit dem Integrationsdruck seit den 1980er Jahren verknüpft. Durch die Umsetzung mehrerer Integrationsprojekte – auf das Europäische Währungssystem (EWS) folgten das EG-Binnenmarktprojekt und die Wirtschafts- und Währungsunion und schließlich die EU-Osterweiterung und die Lissabon-Strategie – hat sich ein stark integrierter Wirtschaftsraum herausgebildet. Die vertiefte Integration der Produktions- und Marktbeziehungen erzeugt dabei interne Dynamiken der kompetitiven Deregulierung und Liberalisierung. Ungeachtet einiger flankierender arbeits-, sozial- und strukturpolitischer Instrumente sind hierdurch die wohlfahrtsstaatlichen, d.h. verteilungs- und interventionspolitischen Handlungsspielräume strukturell beschnitten worden.

Die wirtschaftsliberale Engführung hat in den vergangenen Jahrzehnten die Genese eines europäischen Finanzmarktkapitalismus, d.h. die Verallgemeinerung vielfältiger Formen der Finanzialisierung begünstigt (Bieling 2013; Nölke 2016). Diese zeigen sich unter anderem in einer auf die Finanzmärkte ausgerichteten Reorganisation von Unternehmen, einschließlich entsprechender Investitions- und Managementstrategien. Darüber hinaus werden auch die Systeme der Alterssicherung, die Organisationsformen der öffentlichen Infrastruktur oder auch die Immobilienmärkte vermehrt der Rationalität der Finanzmärkte und den Interessen der ►

Geldvermögensbesitzer unterworfen. Beide Dynamiken – der Wandel der Management- und Unternehmenskonzepte wie auch die Reorganisation des Wohlfahrtsstaates und des öffentlichen Sektors – fördern die soziale Ungleichheit und beeinträchtigen vielfach die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse. So ist der Anteil atypischer, oftmals prekärer Beschäftigungsformen infolge des über den Integrationsprozess verstärkten Wettbewerbs- und Deregulierungsdrucks nahezu kontinuierlich angewachsen (Schulze Buschoff 2016).

Der grenzüberschreitende, in mancher Hinsicht finanzmarktgetriebene Wettbewerbs- und Deregulierungsdruck wird durch die europäische Integration gleichsam verstetigt; und zwar in Gestalt eines „neuen Konstitutionalismus“ (Gill 1998, S. 5), der den Primat von privaten Eigentumsrechten, Freiheiten für Investoren und Formen der Marktdisziplin verankert und die hierauf bezogene Politik zugleich der demokratischen Kontrolle tendenziell entzieht. Konkret stehen hierfür zahlreiche rechtliche – vertragliche und sekundärrechtliche – Entscheidungen, spezifische institutionelle Arrangements und – nicht selten recht elitär definierte – Netzwerke der Politikaushandlung. Wenn Marco D'Eramo (2013, S. 23ff.) von einer „neuen oligarchischen Ordnung“ spricht, spielt er auf genau dieses wechselseitige Bedingungsverhältnis von oligarchisch oder finanzkapitalistisch definierter und politisch-institutionell autonomisierter Politikaushandlung bei einer gleichzeitigen Abwehr der Bestrebungen einer demokratischen Kontrolle und Einflussnahme an. Die Legitimierung derartiger Strukturen folgt zum Teil einer funktionalen Logik, die die Prozesse der Markt- und Wettbewerbsintegration als tendenziell entpolitisiert begreift, zum Teil aber auch einer realistischen Logik, die eine umfassende europäische Gestaltung der Ökonomie als zu kompliziert und politisch nicht durchsetzbar einschätzt. Darüber hinaus scheint sich in den zurückliegenden Dekaden der Verlauf der europäischen Integration aber auch an einem übergeordneten Leitbild zu orientieren, das sich als (neo-)liberal-kosmopolitisch beschreiben lässt. Die neoliberale Komponente stellt die individuellen – ökonomischen und politischen – Schutz- und Freiheitsrechte in den Mittelpunkt, indessen die kosmopolitische Komponente darauf pocht, die grenzüberschreitende Realisierung der individuellen Rechte – vor allem die der wirtschaftlichen Akteure – supranationalen Organisationen zu übertragen. In den Worten von Peter Gowan (2001, S. 79f.):

„The new liberal cosmopolitanism [...] seeks to overcome the limits of national sovereignty by constructing a global order that will govern important political as well as economic aspects of both the internal and external behaviour of states. This is not a conception advocating any world government empowered to decide the great international issues of the day. Rather, it proposes a set of disciplinary regimes [...] reaching deep into the economic, social and political life of the states subject to it, while safeguarding international flows of finance and trade.“

Im Zentrum des (neo-)liberalen Kosmopolitismus stehen vor allem ökonomische Zielsetzungen. Allerdings wäre es verkürzt, ihn auf diese zu reduzieren. So spielen – gera-

de auch für die EU – nicht nur Fragen der ökonomischen, sondern auch kulturellen, ethnischen, religiösen oder auch institutionellen und rechtlichen Diskriminierung – etwa Hindernisse der EU-internen Freizügigkeit – eine prominente Rolle. Zudem wendet sich die EU gegen staatliche Repressionen und Übergriffe, ist also bestrebt, Formen der rechtsstaatlichen Organisation und individuelle Rechtsansprüche – von der Meinungsfreiheit bis hin zu Sozialrechten – zu stärken.

Durch die Krisenprozesse der letzten Jahre ist das (neo-)liberal-kosmopolitische Selbstverständnis der EU nun aber schwer erschüttert worden: zum einen, weil neoliberale Konzepte die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise mit verursacht und das auf Austerität und Wettbewerbsfähigkeit fokussierte Krisenmanagement die ökonomische und soziale Krise weiter verschärft haben; und zum anderen, weil die Krise des europäischen Migrationsregimes die Aufmerksamkeit darauf gelenkt hat, dass der Übergang in die multikulturelle Gesellschaft sozialintegrativ nur schwach unterfüttert war und von vielen sozialen und kulturellen Konflikten begleitet wurde. Diese sind in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Arenen in den vergangenen Jahren vermehrt aufgebrochen und zum Gegenstand öffentlicher Debatten und Auseinandersetzungen gemacht worden.

3.3 Die europäische Krisendynamik als Gelegenheitsfenster: Programmatische Profile und Neuorientierungen rechtspopulistischer Parteien

Dass die politischen Parteien – zumindest diejenigen, die sich nicht in der Regierung befinden – gesellschaftliche Probleme und Krisenphänomene öffentlich thematisieren, zuweilen auch skandalisieren, ist nicht ungewöhnlich. Ungewöhnlich und erklärungsbedürftig werden diese Praktiken eigentlich erst dann, wenn sie in besonderem Maße erfolgreich sind und die politischen Verhältnisse ins Rutschen bringen. Oberflächliche Deutungen neigen häufig dazu, den Erfolg der populistischen Kräfte auf die spezifischen Praktiken einer massenmedial wirksamen Politikinszenierung zurückzuführen. Die Frage, warum solche Prozesse erfolgreich sind und derzeit – sieht man von den post-faschistischen Gesellschaften Südeuropas einmal ab – weniger links- als vor allem rechtspopulistische Parteien über öffentliche Diskurse die politischen Subjekte erreichen, wird auf diese Weise nicht beantwortet.

In der wissenschaftlichen Diskussion über die Formierung politischer Parteien werden als Antwort auf diese Frage vor allem zwei Konzeptionen angeboten. Die Konzeption der Repräsentationslücke geht davon aus, dass die etablierten Parteien in der Regierungsverantwortung dazu neigen, wirtschafts- und sozialpolitisch, aber auch kulturell in die Mitte zu rücken (Decker 2015, S. 28). In der Folge entstünden an den politischen Rändern – im Fall des Rechtspopulismus am rechten politischen Rand – entsprechende Repräsentationslücken, die durch die Etablierung neuer

Parteien und Bewegungen dann gefüllt würden (Patzelt 2015, S. 19). Im Unterschied hierzu verweist die Konzeption neuer Spaltungslinien (*cleavages*) auf nachhaltige gesellschaftliche Strukturveränderungen. Ursprünglich hatte sich die von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (Lipset/Rokkan 1967) entwickelte Cleavage-Theorie auf vier Spaltungslinien – zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kirche und Staat, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Zentrum und Peripherie – bezogen. Seit den 1970er Jahren wurde dann versucht, neue Cleavages zu identifizieren: kulturell etwa zwischen Materialisten und Postmaterialisten (Inglehart 1977) oder zwischen libertären und autoritären Orientierungen (Kitschelt 1997); und materiell zwischen den Gewinnern und Verlierern der Modernisierung oder Globalisierung (Kriesi et al. 2008).

Zuletzt wird die neue Spaltungslinie zuweilen als Gegensatz von kosmopolitischen und kommunitaristischen Einstellungen gefasst (Zürn/de Wilde 2016). Schaut man sich die strategischen und programmatischen Orientierungen der etablierten politischen Kräfte auf der einen und der populistischen Rechten auf der anderen Seite an, so scheinen sich viele Aspekte recht gut in diese Entgegensetzung zu fügen. Genauer betrachtet, sprechen einige Elemente jedoch dafür, die Spaltungslinie etwas präziser zu fassen: erstens dadurch, dass die spezifische Qualität des – nunmehr (neo-)liberalen – Kosmopolitismus als einer den Nationalstaat partiell unterminierenden Kraft hervorgehoben wird (Gowan 2001); und zweitens dadurch, dass mit der Nation und dem Nationalstaat auch die zentralen Referenzpunkte der – nicht allein kommunitaristisch geprägten – Bestrebungen einer gemeinschaftlichen Identitätsbildung betont werden.

Mit Blick auf die oben skizzierten Entwicklungen und sozialen Krisenprozesse lässt sich daher die These formulieren, dass die rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen eine neue Spaltungslinie zwischen dem (neo-)liberalen Kosmopolitismus und ethnonationalistischen Identitäten artikulieren. Angetrieben wird dieser Konflikt durch die neue Qualität der ersten Komponente der Doppelbewegung, also die Prozesse der globalisierungs-, deregulierungs- und privatisierungsinduzierten Ungleichheit, Verunsicherung und Missachtung. Gegen diese Tendenzen bringen rechtspopulistische Kräfte nun vermehrt das Prinzip der sozialen Protektion in Anschlag. Sie imaginieren dabei – ungeachtet der vorangeschrittenen Globalisierung und europäischen Integration – eine umfassende nationalstaatliche Souveränität und Handlungsfähigkeit. Die nationalistische Orientierung wird dabei mit einer Reihe spezifischer Diskurse und politischer Positionierungen kombiniert. Jenseits aller nationalen Besonderheiten lassen sich folgende Schwerpunkte identifizieren:

Erstens liegt den ethnonationalistischen Orientierungen, die die meisten rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen propagieren, eine ethnopluralistische oder kulturell-rassistische Weltsicht zugrunde (Eckert 2010). Der kulturelle Rassismus geht von einer strukturellen Inkom-

patibilität essentialistisch definierter Kulturen aus. Nach dem Motto: „Die sind einfach so“ und wir verteidigen unsere eigene nationale Leitkultur, werden die vorherrschenden Interpretationsfolien und Zuschreibungen von Eigenschaften und Verhaltensweisen zu einer „zweiten Haut“, die die ethnisch definierten Gruppenmitglieder nicht mehr abstreifen können.

Diese Weltsicht verdichtet sich zweitens in einem zunehmenden EU-Skeptizismus (Werner 2013). Wie dargelegt, generiert die (neo-)liberal-kosmopolitische Orientierung der EU gesellschaftliche Konflikte, in Folge derer die europäische Integration – unter dem Einfluss des Rechtspopulismus – nationalistisch politisiert wird. So sind in der Eurokrise nationale wirtschaftspolitische Problemlagen – insbesondere mit Blick auf die krisengeschüttelte Peripherie – häufig naturalisiert worden, um hieraus die Unmöglichkeit einer funktionsfähigen gemeinsamen Währung zu schlussfolgern oder die eigene Zugehörigkeit zu ihr zumindest einem Referendum zu unterwerfen; und in der Krise des europäischen Grenzregimes haben eigentlich alle populistischen Parteien mit Blick auf Nicht-EU-Einwanderer ein striktes Begrenzungs- und Kontrollregime eingefordert und einige – z. B. der Front National, die Lega Nord, die PVV, die FPÖ oder Die Finnen – sogar die Abkehr von Schengen, d.h. die Wiedereinführung EU-interner Grenzkontrollen thematisiert.

Im Kontrast zur eindeutig neoliberalen Programmatik der 1980er und 90er Jahre besteht ein dritter diskursiver Schwerpunkt des Rechtspopulismus in der Verknüpfung der nationalen und sozialen Frage (Dörre 2016). In Deutschland wird diese Verknüpfung noch sehr grobschlächtig vorgebracht, wenn etwa Björn Höcke davon redet, dass die neue soziale Frage nicht die Verteilungsverhältnisse zwischen oben und unten, sondern zwischen innen und außen adressiert. Oder sie wird von der Alternative für Deutschland (AfD) – mit Blick auf gegensätzliche Orientierungen der sozialen Basis – bislang eher in den Hintergrund gedrängt. Weitaus eindeutiger und systematischer ist die Verknüpfung der sozialen und nationalen Frage bei programmatisch gereiften rechtspopulistischen Parteien, die sich sozialpolitisch zu profilieren versuchen: so etwa beim Front National, den Finnen oder auch der polnischen PiS und dem ungarischen Fidesz (Becker 2017). Die genannten Parteien verstehen sich – in der Mobilisierung nationalistischer Solidaritäten – vermehrt als Verteidiger eines ethnisch fokussierten Wohlfahrtsstaates, der zum Schutz der nationalen Ökonomie und zum Wohle von Familien interveniert. Nicht selten werden die sozialpolitischen Programmelemente durch eine selektive protektionistische Wirtschafts- und Handelspolitik – z. B. die öffentliche Kritik und Ablehnung des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) – flankiert.

Ein vierter zentraler Referenzpunkt – die Kritik am europäischen Migrationsregime und die ethnonationalistischen Orientierungen weisen bereits in diese Richtung – ist die Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft. Diese wird zumeist als Ausdruck von „Überfremdung“, als Sinnbild ►

eines nationalen Identitätsverlustes und zugleich als Quelle von Kriminalität und moralischem Verfall betrachtet. Im Gegenzug treten die rechtspopulistischen Parteien nicht nur für die Stärkung einer nationalen Leitkultur ein, sondern betreiben zugleich auch den – machtpolitisch motivierten – Abbau rechtsstaatlicher Verfahren und die Etablierung autoritärer und diskriminierender Regierungsformen (Becker 2017).

Fünftens propagieren die rechtspopulistischen Parteien einen anti-muslimischen Diskurs, der häufig – sieht man von der niederländischen PVV einmal ab – noch durch anti-feministische und homophobe Komponenten begleitet wird (Mayer et al. 2014). Einige Beobachter gehen so weit zu behaupten, dass diese verbindenden Elemente den Antisemitismus der traditionellen extremen Rechten bereits verdrängt haben (Hafez 2014). Schaut man sich parteiinterne Kontroversen der Rechtspopulisten genauer an, so ist allerdings eher anzunehmen, dass die antisemitischen Elemente aufgrund der negativen Wirkung in der Öffentlichkeit zwar an Einfluss verlieren, vielfach aber fortbestehen und durch die Islamophobie nur überlagert werden.

4. Ausblick: Der nationalistische Populismus als demokratiepolitische Herausforderung

Dieser Beitrag war von der Frage ausgegangen, ob und inwiefern sich der Aufstieg des Rechtspopulismus mit Hilfe der von Karl Polanyi entwickelten Konzeption der Doppelbewegung entschlüsseln lässt. Es wurde dargelegt, dass diese Konzeption für das Verständnis des Rechtspopulismus durchaus instruktiv ist. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die durch die marktliberale Restrukturierung von Ökonomie und Gesellschaft hervorgerufenen sozialen und kulturellen Unsicherheiten und Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Missachtung. Diese generieren ihrerseits Empörung und Wutgefühle, die sich politisch vermehrt rechtspopulistisch entladen. Jenseits dieser Beobachtung stößt die von Polanyi entwickelte Konzeption – was die besondere Qualität der kapitalistischen Durchdringung, die damit verbundenen Modi der Entbettung und die spezifischen Dynamiken im politischen Aktionsraum betrifft – zwar an gewisse Erklärungsgrenzen, zugleich erweist sich jedoch die Kernthese, dass der heutige Rechtspopulismus als eine Bewegung Polanyi'schen Typs zu begreifen ist, als tragfähig. Dies gilt umso mehr, als sich die rechtspopulistischen Parteien – im Kontrast zu den 1980er und 90er Jahren – inzwischen vielfach der sozialen Frage sowie der Mobilisierung nationalistisch exkludierender neuer Solidaritäten zugewandt haben (so etwa Kuisma/Ryner 2014; Goodliffe 2016). Überhaupt scheint es ihnen durch wohlfahrtsstaatliche und protektionistische Diskurs-elemente zu gelingen, die eigene Wählerbasis deutlich zu erweitern.

Die skizzierten Dynamiken sind in mehrfacher Hinsicht besorgniserregend: erstens, weil der permanente Tabubruch auf Kosten von Minderheiten geht, diesen gegenüber vielfach Ressentiments mobilisiert werden und im Fall der rechtspopulistischen Machterringung rechtsstaatliche Garantien – etwa die Meinungs-, Wissenschafts- und Pressefreiheit oder Unabhängigkeit der Justiz – zur Disposition stehen; zweitens, weil sich in den meisten Ländern auch große Teile der abhängig Beschäftigten und viele Gewerkschaftsmitglieder in die rechtspopulistische Gegenbewegung eingliedern; und drittens, weil sich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus die oben skizzierte diskursive Spaltungslinie zwischen dem (neo-)liberalen Kosmopolitismus und ethnonationalistischen Identitäten zu reproduzieren scheint. Tatsächlich wirken beide Pole des Diskurses auf

unterschiedliche Art und Weise exkludierend: Der (neo-)liberale Kosmopolitismus ist strukturell sozial ausgrenzend, indem er den marktvermittelten Konkurrenzdruck steigert und den Abbau kollektiver Sozialrechte vorantreibt; und die von den Rechtspopulisten geförderten nationalistischen Identitäten mögen in den Augen vieler zwar auch für die Verteidigung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen nutzbar sein, wenden sich zugleich aber gegen die Ansprüche von Migranten sowie ethnischen und anderen Minderheiten. Eine Folge der neuen diskursprägenden Spaltungslinie besteht mithin darin, dass es integrative solidarische Politikoptionen in der Öffentlichkeit schwer haben, sich Gehör zu verschaffen.

Genau diese Diskurskonstellation gilt es aus Sicht aller sozial und demokratisch orientierten Kräfte nun allerdings aufzubrechen und zu überwinden. Dies kann zum einen dadurch geschehen, dass im nationalen wie europäischen Kontext politische Projekte entwickelt werden – etwa in der Geld-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch in der Industrie-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik –, die integrativ-solidarisch angelegt sind und großen Bevölkerungsgruppen attraktiv erscheinen. Dies würde auch den sozial benachteiligten Klassen signalisieren, dass die bestehenden sozialen und kulturellen Verunsicherungen und Gefühle der Missachtung – gleichsam der reale Kern der rechtspopulistischen Diskurse – ernst genommen werden. Zum anderen sind die ideologischen Ressentiments und Ausgrenzungspraktiken rechtspopulistischer Kräfte zugleich aber klar zu markieren und zurückzuweisen. Dies schließt mit ein, den imaginären Charakter der rechten Revolte offen zu legen, nicht zuletzt die illusionäre Erwartung, die Prozesse der Globalisierung allein auf der nationalen Ebene politisch einzufangen und demokratisch kontrollieren zu können. ■

LITERATUR

- Altwater, E./Mahnkopf, B.** (1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster
- Becker, J.** (2017): Rechtsregierungen in Ungarn und Polen: zwischen Neoliberalismus und Nationalkonservatismus, in: *Politikum* 3 (1), S. 52–60
- Berman, S.** (2016): Populism is not fascism, in: *Foreign Affairs* 95 (6), S. 39–44
- Bieling, H.-J.** (2012): Transnationale (Krisen-)Dynamiken des Finanzmarktkapitalismus – Klassenverhältnisse, Gender und Ethnizität aus politökonomischer Perspektive, in: *Berliner Zeitschrift für Soziologie* 22 (1), S. 53–77
- Bieling, H.-J.** (2013): European financial capitalism and the politics of (de-)financialization, in: *Competition & Change* 17 (3), S. 283–298
- Cox, R. W.** (1989): Production, the state, and change in world order, in: Czempel, E.-O./Rosenau, J. N. (Hrsg.): *Global changes and theoretical challenges. Approaches to world politics for the 1990s*, Toronto, S. 37–50
- Decker, F.** (2015): AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (40), S. 27–32
- Detje, R./Dörre, K./Kronauer, M./Schumann, M.** (2017): Zeitenwende oder: Zeit für eine Wende der Linken, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62 (4), S. 97–103
- D'Ermo, M.** (2013): Populism and the new oligarchy, in: *New Left Review* 11/82, S. 5–28
- Dörre, K.** (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: Dörre, K./Lessenich, S./Rosa, H.: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt a. M., S. 21–86
- Dörre, K.** (2016): Die national-soziale Gefahr. Verteilungskonflikte und die Neue Rechte in Europa – sechs Thesen, in: *Widerspruch* 35 (2), S. 165–176
- Eckert, R.** (2010): Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz. Eine Kritik der Neuen Rechten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60 (44), S. 26–33
- Eribon, D.** (2016): Rückkehr nach Reims, Frankfurt a. M.
- Fraser, N.** (1995): From redistribution to recognition? Dilemmas of justice in a „post-socialist“ age, in: *New Left Review* 1/212, S. 68–93
- Gill, S.** (1998): European governance and new constitutionalism: Economic and monetary union and alternatives to disciplinary neoliberalism in Europe, in: *New Political Economy* 3 (1), S. 5–26

- Goodliffe, G.** (2016): From political fringe to political mainstream: The front national and the 2014 municipal elections in France, in: *French Politics, Culture & Society* 34 (3), S. 126–147
- Gowan, P.** (2001): Neoliberal cosmopolitanism, in: *New Left Review* II/11, S. 79–93
- Hafez, F.** (2014): Shifting borders: Islamophobia as common ground for building pan-European right-wing unity, in: *Patterns of Prejudice* 48 (5), S. 479–499
- Honneth, A.** (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a. M.
- Inglehart, R.** (1977): The silent revolution. Changing values and political styles among Western publics, Princeton
- Kitschelt, H.** (1997): European party systems: Continuity and change, in: Rhodes, M./Heywood, P./Wright, V. (Hrsg.): *Developments in West European politics*, New York, S. 131–150
- Klein, J.** (2016): Europapopulismus – ein genuines Phänomen im europäischen Krisenkontext?, in: *Integration* 39 (4), S. 283–303
- Kriesi, H.** (2014): The populist challenge, in: *West European Politics* 37 (2), S. 361–378
- Kriesi, H./Grande, E./Lachat, R./Dolezal, M./Bornschiefer, S./Frey, T.** (2008): *West European politics in the age of globalization. Six countries compared*, Cambridge
- Kuisma, M./Ryner, M.** (2012): Third way decomposition and the rightward shift in Finnish and Swedish politics, in: *Contemporary Politics* 18 (3), S. 325–342
- Lipset, S./Rokkan, S.** (1967): *Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives*, New York
- Mayer, S./Ajanovic, E./Sauer, B.** (2014): Intersections and inconsistencies. Framing gender in right-wing populist discourses in Austria, in: *NORA-Nordic Journal of Feminist and Gender Research* 22 (4), S. 250–266
- Müller, J.W.** (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*, Frankfurt a. M.
- Nachtwey, O.** (2016): *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Frankfurt a. M.
- Nölke, A.** (2016): Finanzialisierung als Kernproblem eines sozialen Europas, in: *WSI-Mitteilungen* 69 (1), S. 41–48, https://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_63136_63151.htm
- Palomera, J./Vetta, T.** (2016): Moral economy: Rethinking a radical concept, in: *Anthropological theory* 16 (4), S. 413–432
- Patzelt, W. J.** (2015): Die Sorgen der Leute ernst nehmen!, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (40), S. 17–21
- Polanyi, K.** (1977) [1944]: *The great transformation, Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Wien
- Polanyi, K.** (1979): *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Priester, K.** (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (5/6), S. 3–9
- Sassoon, D.** (1997): *One hundred years of socialism. The West European left in the twentieth century*, London
- Saval, N.** (2016): Polanyi in our times, in: *The Nation*, December 22, S. 19–26
- Schulze Buschoff, K.** (2016): *Atypische Beschäftigung in Europa. Herausforderungen für die Alterssicherung und die gewerkschaftliche Interessenvertretung*: Hans-Böckler-Stiftung, Study (01), März, Düsseldorf
- Silver, B. J.** (2003): *Forces of labour. Worker's movements and globalization since 1870*, Cambridge
- Thompson, E. P.** (1980): Die „moralische Ökonomie“ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Ders: *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie*, Frankfurt a. M., S. 66–129
- Van der Pijl, K.** (1998): *Transnational classes and international relations*, London/New York
- Voß, G. G./Pongratz, H. J.** (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50 (1), S. 131–158
- Werner, A.** (2013): Rechtspopulistische Opposition in der Eurokrise, in: *Das Argument* 55 (1/2), S. 240–250
- Zick, A./Küpper, B./Hövermann, A.** (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung: Friedrich Ebert Stiftung, Bonn
- Zürn, M./de Wilde, P.** (2016): Debating globalization: Cosmopolitanism and communitarianism as political ideologies, in: *Journal of Political Ideologies* 21 (3), S. 280–301

AUTOR

HANS-JÜRGEN BIELING, Dr. phil., ist Professor für Politische Ökonomie und Wirtschaftsdidaktik am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Internationale Politische Ökonomie, Europäische Integration, Arbeits- und Sozialpolitik.

✉ hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de
